



Cem Özdemir
Mitglied des Deutschen Bundestages

Cem Özdemir, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die Abgeordneten der CDU/CSU-
und SPD-Fraktionen

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T +49 30 227-75070
F +49 30 227-76069
cem.oezdemir@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Königstraße 78, 70173 Stuttgart
T +49 711 65832900
F +49 711 65832901
cem.oezdemir.wk@bundestag.de

Berlin, den 20.04.2015

*„Ja, es ist hart, aber nützlich.“
Hans Humann, deutscher Marineattaché in Konstantinopel, Juni 1915*

*„Die Umstände und die Art, wie die Umsiedlung durchgeführt wird, zeigen, dass die Regierung
tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse zu vernichten“
Hans Freiherr von Wangenheim, deutscher Botschafter in Konstantinopel, Juli 1915*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 24. April 1915 wurden in Istanbul Intellektuelle, Abgeordnete, Komponisten, Geistliche und andere führende Köpfe der armenischen Intelligenz verhaftet, verschleppt und die meisten von ihnen später ermordet. Dieser Tag wird bis heute als der offizielle Beginn des Völkermordes an den Armeniern betrachtet, dem alles in allem bis zu 1,5 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind.

Historische Dokumente, auch des Auswärtigen Amtes, belegen, dass es im Osmanischen Reich das ausdrückliche Interesse gab, die bis dahin ganz überwiegend loyalen armenischen Untertanen des Osmanischen Reiches, aber auch andere christliche Gruppen wie Assyrer und Aramäer, gezielt zu vernichten. Diese Dokumente führen uns auch vor Augen, dass unsere Diplomaten und Militärberater aus dem deutschen Kaiserreich von den Vorgängen wussten, nicht einschritten und diese bisweilen sogar bewusst billigten.

Ich weiß, dass einige von Ihnen sich mit der Bezeichnung dieser Ereignisse als Völkermord schwer tun. Es war bislang die Haltung aller Bundesregierungen, sich in der Frage der Anerkennung zurückzuhalten. Schon als der Deutsche Bundestag seine erste Debatte zum 90. Jahrestag des Völkermords im Jahr 2005 führte, entschloss sich das Plenum für die Verwendung der offiziellen türkischen Formulierung von „Massaker und Vertreibungen“ und nannte den Begriff Genozid lediglich in der Begründung. Damals wollten die Abgeordneten den demokratischen Prozess in der Türkei, eine beginnende



Verständigung mit dem Nachbarn Armenien und die Annäherung an die Europäische Union nicht gefährden.

Auch ich habe diese Haltung damals vertreten, in der Hoffnung, die Türkei würde einen eigenen Weg zur Versöhnung und Aufarbeitung mit Armenien finden. Zehn Jahre später müssen wir jedoch feststellen, dass sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat.

Die Aufarbeitung beschränkt sich bis heute nur auf die türkische Zivilgesellschaft, die mit großem Mut und manchmal auch unter Einsatz des Lebens, wie im Fall meines türkisch-armenischen Freundes und Journalisten Hrant Dink, der am 19. Januar 2007 auf offener Straße von einem 16-jährigen Türken ermordet wurde, offen über den Völkermord spricht.

Der 2008 eingeleitete Prozess, die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei endlich zu normalisieren, die Grenze zu öffnen, Handel und Austausch zu betreiben und sich näherzukommen, scheiterte, als die Türkei auf Drängen Aserbaidschans die Zürcher Protokolle nicht ratifizierte. Neue Verhandlungen sind nicht in Sicht – schon gar nicht ohne internationalen Druck. Nun hat Ankara sogar die Gedenkfeier zum Sieg über die Alliierten an den Dardanellen auf den 24. April verlegt, um vom Gedenken an den Völkermord abzulenken.

Meine Generation hat in der türkischen Schule nichts gelernt über einen Völkermord an Armeniern, dem ältesten christlichen Volk der Welt. Sie hat noch nicht mal gelernt, dass es überhaupt Armenier oder Aramäer in der Türkei gab, geschweige denn ihre Kirchen, ihre Kultur, ihre Hinterlassenschaften. Heute lernen die Kinder in der Türkei sogar, dass das Volk, mit dem Türken und Kurden eigentlich Jahrhunderte friedlich zusammengelebt haben und ohne die vieles im Osmanischen Reich undenkbar gewesen wäre, Verräter gewesen seien und ihre Vertreibung in die syrische Wüste zu ihrem eigenen Schutz geschehen sein soll.

Wo sollen wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages also in dieser Frage stehen? An der Seite der Leugner in Ankara? An der Seite eines zunehmend autoritär regierenden Präsidenten, der andere Meinungen offen bekämpft und dabei auch vor respektlosen Worten gegenüber Bundespräsident Joachim Gauck nicht zurückschreckt? Oder solidarisieren wir uns mit Papst Franziskus und der überwiegenden Mehrheit von Wissenschaftlern und Völkerrechtlern der ganzen Welt, inklusive der Türkei, die längst von einem Völkermord sprechen und hoffen, dass gerade wir Deutsche angesichts dieses historischen Datums und der eigenen Mitverantwortung nicht versagen?

Sie tun das Richtige, wenn Sie den Kolleginnen und Kollegen in Ihren Fraktionen folgen, die sich mit großem, aufrichtigem Engagement dafür einsetzen, den Völkermord an den Armeniern endlich auch im Namen des Deutschen Bundestags anzuerkennen. Wir sind es den Opfern und ihren Hinterbliebenen schuldig. Wir brauchen dafür klare Worte, eine eindeutige Bezeichnung der Ereignisse 1915/16 als das, was sie waren – ein Völkermord. Dies sollte aus unseren Anträgen, die wir am Freitag im Plenum debattieren werden, zweifelsfrei hervorgehen.

Der Deutsche Bundestag würde damit, ebenso wie das Europäische Parlament mit seiner mutigen Entscheidung vom 15. April 2015, einen Beitrag zu historischer Gerechtigkeit und



auch zur Aussöhnung der türkischen und armenischen Völker leisten. Und es wäre auch ein klares Bekenntnis zur Mitverantwortung des Deutschen Kaiserreichs.

Die Anerkennung des Völkermordes würde für die Türkei übrigens auch die Chance eröffnen, über das Leid derer zu sprechen, die einstmals als Muslime aus dem Balkan oder dem Kaukasus vertrieben wurden und dabei ebenfalls schreckliches Leid erfahren haben. Und eine Annäherung der beiden Länder hätte positive Auswirkungen auf den schwelenden Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Wir alle wissen, dass eine ehrliche und offene Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und ihre Aufarbeitung ein Land stärken und neue Pfade des Friedens und des Wohlstands eröffnen. Wer hätte gedacht, dass die Bundesrepublik Deutschland 70 Jahre nach Ende der Shoah und des Zweiten Weltkriegs engste Beziehungen zum Staat Israel oder zu Frankreich und Polen pflegt. Auch die Türkei und Armenien haben eine gemeinsame Zukunft als gute Nachbarn verdient.

Ich habe hohen Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen in den CDU/CSU und SPD-Fraktionen, die sich so engagiert dafür einsetzen, dass alle Fraktionen des Deutschen Bundestags gemeinsam den Völkermord an den Armenien anerkennen. Ich bin ihnen dankbar, auch für die bisherige Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit. Hoffnungsvoll stimmt mich, dass ihre Stimmen immer lauter werden.

Nutzen Sie dieses Momentum und wählen Sie in Ihrem Antrag klare, aufrichtige Worte. Verstecken Sie Ihre Haltung nicht in einem Nebensatz. Lassen Sie uns so bei der Bundestagsdebatte am 24. April 2015 ein klares kollektives Signal senden, dass Deutschland eine verantwortungsvolle Haltung gegenüber dem Völkermord an den Armeniern einnimmt und zur Mitverantwortung des Deutschen Kaiserreiches steht.

Ihr

Cem Özdemir, MdB